

Sind die Tage der Sanvartis-UPD gezählt?

Politik und Verbraucherschutz fordern Neuvergabe

2015 wurde die Unabhängige Patientenberatung (UPD) an die Sanvartis GmbH vergeben. Seitdem hagelt es Kritik an der Entscheidung des damaligen Patientenbeauftragten der Bundesregierung. „Unrentabel“ und „verschwenderisch“ lautete das wenig schmeichelhafte Prüfungsergebnis des Bundesrechnungshofs. Doch dies könnte in absehbarer Zeit ein Ende haben. Die Bayerische Staatsregierung soll sich auf Bundesebene nun für eine komplette Neuausrichtung der UPD starkmachen.

So jedenfalls hatte es der Bayerische Landtag in ungewohnter Einmütigkeit im September beschlossen. Schon länger war es den bayerischen Fraktionen ein Dorn im Auge, dass es nur noch wenige nennenswerte, vor allem aber unabhängige Beratungsangebote für Patienten im Freistaat gibt. Nach der Sanvartis-Übernahme der UPD vor knapp fünf Jahren wurden Beratungsmöglichkeiten beispielsweise in München und Nürnberg sukzessive dezimiert oder, wie in Landshut, gänzlich eingestellt. Der Münchner Gesundheitsladen überlebte nur durch städtische Zuwendungen. Es kriselt also seit Längerem.

Auch die KZVB beobachtet die Entwicklungen um die UPD seit Langem kritisch und hat darüber mehrfach im BZB berichtet. Christian Berger, Vorsitzender des Vorstands der KZVB, führt an, dass die zahnärztlichen Körperschaften in Bayern immer eng mit den früheren Betreibern zusammengearbeitet hätten. Bis 2015 wurden Ratsuchende von der UPD an die Patientenberatungsstellen der Zahnärztekammern und Kassenzahnärztlichen Vereinigungen verwiesen. Die Kommerzialisierung der Einrichtung wurde von Anfang

an kritisch gesehen, beispielsweise auch, weil die Sanvartis GmbH als Dienstleister für verschiedene Krankenkassen tätig ist. „Die Vergabe der UPD an das Unternehmen Sanvartis GmbH war ein Fehler, der sich bis heute negativ auswirkt“, so Berger. Die Zahl der persönlichen Beratungen sei seitdem spürbar zurückgegangen und auch das flächenweite Beratungsangebot sei massiv ausgedünnt worden. Berger betont: „Wir halten die persönliche Beratung aber für unverzichtbar, um das Vertrauensverhältnis zwischen Behandler und Patient zu stärken.“

Der CSU-Politiker Bernhard Seidenath, Vorsitzender des Gesundheitsausschusses und gesundheitspolitischer Sprecher, erläutert den entschlossenen Vorstoß seiner Fraktion: „Eine unabhängige Beratung hilft den Patienten, sich im Gesundheitswesen zurechtzufinden. Mit einer starken Präsenz vor Ort und noch mehr digitalen Beratungsangeboten wollen wir es Menschen erleichtern, Rat zu suchen.“ Die stellvertretende Vorsitzende Dr. Beate Merk betont die unbedingte Unabhängigkeit einer solchen Einrichtung. Die Neukonzeption müsse eine von kommerziellen Interessen unabhängige, gemeinnützig getragene Beratung sicherstellen. Dies schaffe Vertrauen bei den Bürgern, nicht zuletzt auch was die Verwendung der Fördermittel angehe.

Zur Erinnerung: Die UPD erhält von den Krankenkassen eine jährliche Förderung von rund 9,65 Millionen Euro. Damit soll ein kostenloses und individualisiertes Beratungsangebot bereitgestellt werden. Den größten Teil davon, neun Millionen Euro, tragen dabei die gesetzlichen Krankenkassen. Vor der Übernahme durch Sanvartis war der Förderbetrag nicht ganz so hoch, nämlich nur 5,2 Millionen Euro.

Neben Politik und Bundesrechnungshof steht auch der Verbraucherschutz auf dem Plan. Wie eine Reformierung und Neuausrichtung der UPD aussehen könnte, ist einem aktuellen Rechtsgutachten zu entnehmen, das der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) von der Universität Regensburg erstellen ließ. Darin berücksichtigt wird auch die Kritik des Bundesrechnungshofes, dass bis zum Ablauf der aktuellen Förderphase rund ein Drittel der Fördersumme (20 Millionen Euro) an den Mutterkonzern der Unabhängigen Patientenberatung gGmbH fließen. Die Abhängigkeit „in wirtschaftlicher, organisatorischer und teilweise personeller Hinsicht“ sei „geeignet, den Eindruck fehlender Unabhängigkeit und Neutralität in der Beratung hervorzurufen“. Erreicht werden könne diese unter anderem durch die Finanzierung einer unabhängigen Beratungseinrichtung aus Steuermitteln. Dies würde, so heißt es darin unter anderem, „die finanzielle und organisatorische Unabhängigkeit von dem Spitzenverband der Krankenkassen sicherstellen“. Träger der neuen Einrichtung, bevorzugt einer gGmbH, sollte eine gemeinnützige und freie Organisation sein. „Qualität und Kontinuität in der Arbeit sowie eine ausreichende Präsenz der Beratung vor Ort fehlen. Wir brauchen ein besseres und nachhaltigeres Beratungsangebot im Sinne der Patientinnen und Patienten“, so der vzbv-Vorstand Klaus Müller.

Die Sanvartis Care Group ist noch bis Ende 2022 mit der Patientenberatung beauftragt. Im Jahr darauf könnte es also einen Neuanfang geben.

Ein Interview mit dem Vorsitzenden des Gesundheitsausschusses lesen Sie auf Seite 12.

Ingrid Scholz